Abonnements-Preis:
Mittag- und Abend-Ausgabe im Stadtbezirke M. 3.50, bei der Post M. 4. Sonntags-Ausgabe im Stadtbezirke 80 Pf., bei der Post M. 1. Wöchentliche Beilage „Sterne u. Blumen" 10 Pf. Die jeden Monat erscheinende illustrirte Beilage „Büchermarkt" gratis.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Krefeld.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Lerch für den redaktionellen Theil.

Niederrheinische Volkszeitung.

52. Jahrgang.

Insertions-Preis:
Die Petitzeile im Abonnentenkreise 15 Pf. bei einmaliger Gratis-Aufnahme in den „Krefelder Stadt-Anzeiger", außerhalb des Abonnentenkreises 20 Pf.; bei Wiederholungen Rabatt. Beilage-Gebühren pro 1000 M. 4. Reklame-Zeile 30 Pf. Offerten-Provision 20 Pf. Bei Franko-Anfragen 10 Pf. für Antwort.
Geschäftsstelle: Friedrichstraße 41.
Telephon-Anschluß 334.

Druck und Verlag der J. B. Klein'schen Buchdruckerei, M. Buscher.

Nr. 67. Krefeld, Dienstag, den 6. Februar (Dorothea) 1900.

Mittag-Ausgabe.

△ Die kaiserlichen Februarerlasse

sind heute vor 10 Jahren ergangen. Die „Nordd. Allg. Ztg." widmet diesem Gedenktage einen längeren Artikel, worin sie die wichtigsten sozialpolitischen Maßnahmen aufzählt, die auf diese Erlasse zurückzuführen sind. Mehr als der Inhalt des Artikels ist der Umstand bemerkenswerth, daß das offiziöse Blatt überhaupt an die Erlasse und ihren Gedenktag erinnert. Es ist das als ein Zeichen dafür anzusehen, daß gegenwärtig die Sozialpolitik wieder einigermaßen im Fahrwasser der Erlasse schwimmt. Der Kurs hat bekanntlich in den zehn Jahren mehrfach ganz erheblich geschwankt.

Die Erlasse sind gegen den Willen des Fürsten Bismarck erschienen. Dieser hatte seine Gegenzeichnung verweigert und da er sie nicht verhindern konnte, den Vorschlag hineingebracht, die Arbeiterfrage im Staatsrathe und auch einer internationalen Konferenz berathen zu lassen. Er hoffte auf diese Weise die Absichten des Kaisers vereiteln zu können. Die Frage des Sozialistengesetzes und der Sozialpolitik gehört mit zu denen, in welchen der Kanzler mit dem Kaiser nicht einverstanden war und die zur Entlassung des Fürsten Bismarck mit beigetragen haben. Die Gegenarbeit des Kanzlers war umsonst; 6 Wochen nach der Veröffentlichung der Erlasse hatte er seinen Abschied erhalten. Die Arbeiterschutzpolitik wurde alsbald mit großem Eifer in Angriff genommen, und am 1. Juni 1891 trat die Gewerbeordnungsnovelle in Kraft, die eine umfassende Neuregelung auf diesem Gebiete brachte. Auf Grund dieser Novelle erließ weiter der Bundesrath mit der Zeit eine Reihe von Verordnungen zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter. Es trat die Kommission für Arbeiterstatistik in's Leben u. s. w.

So nach und nach erkaltete indeß der Eifer. Man schien eben enttäuscht zu sein, daß man nicht alsbald die Wirkungen der Reformen in der politischen Haltung der Arbeiter verspüre. Und als die Parteien, die hauptsächlich deshalb für die Sozialreform eintraten, weil sie sahen, daß dies oben gefiel, den Umschlag der Stimmung merkten, schlugen auch sie um. Sie wurden nicht nur lau in der Unterstützung der Reformbestrebungen, sondern setzten diesen bald direkten Widerstand entgegen und lenkten in die Wege Bismarcks wieder ein, der die Sozialdemokratie vor allem mit Gewalt unterdrücken zu können glaubte. „Kampf gegen den Umsturz" wurde die Parole, sogar der Staatsstreich wurde zu dem Ende empfohlen. Die Scharfmacher waren nicht ohne Erfolg bemüht, für ihre Anschauungen auch bei der Regierung Propaganda zu machen. Die Meinungsverschiedenheiten des Preußischen Staatsministeriums in dieser Frage führten den Sturz des Reichskanzlers Grafen Caprivi herbei. Minister v. Koller kam mit dem neuen Reichskanzler von Straßburg nach Berlin, um das Schiff in dem neuen Kurse zu steuern. Die Umsturz-Aktion mißglückte aber völlig vor dem Reichstage. Gleichwohl ließen die Scharfmacher nicht nach. Immer wieder bohrten und drängten sie, es müsse gegen den Umsturz etwas geschehen. Zugleich suchten sie alle Reformmaßregeln in Mißkredit zu bringen mit der Behauptung, sie nützten nur der Sozialdemokratie. Gelegentliche scharfe Aeußerungen des Kaisers gegen die Sozialdemokratie erfüllten sie mit dem freudigen Bewußtsein, daß sie trotz des Scheiterns der „Umsturz"-Aktion dauernd Oberwasser gewonnen hätten. Herr v. Koller war bereits wieder gegangen, allein sein Geist waltet bei der Regierung fort. Nur geschah keine „große That" gegen die Sozialdemokratie. Endlich wurde die Zuchthaus-Vorlage angekündigt, die angeblich dem Terrorismus der Sozialdemokratie Einhalt thun, nach der Absicht der Scharfmacher aber die Organisation der Arbeiter vernichten sollte. Länger als ein Jahr stand sie auf der Tagesordnung. Viel Lärm wurde darum gemacht. Die Scharfmacher waren eines Erfolges ziemlich sicher. Plötzlich ließ der Reichstag sie klanglos verschwinden. Die Regierung that zuerst unangenehm überrascht, fand sich dann aber mit Seelenruhe in das Unvermeidliche und gab sogar das Verbindungsverbot für politische Vereine mit in die Masse. Die Verblüffung und der Zorn der Scharfmacher machte auf sie keinen sichtbaren Eindruck.

Der Kurs hatte plötzlich wieder gewechselt, weil man eingesehen hatte, daß in der bisherigen Richtung die Bahn abgesperrt war. Gewalt zu gebrauchen, fand man weder für klug noch erfolgversprechend. In denselben Tagen, in denen das Zuchthausgesetz fiel, nannte der Kaiser die Sozialdemokratie, gegen die er in den letzten Jahren wiederholt so scharfe Worte gebraucht hatte, gelassen eine vorübergehende Erscheinung, die sich austoben werde. Die Februarerlasse, von denen manche Leute lange Zeit hindurch nichts mehr hören mochten, werden an ihrem Erinnerungstage von einem offiziösen Blatte wieder hervorgeholt und als Regierungsprogramm gefeiert. Mit dieser neuesten Entwickelung können wir zufrieden sein, vorausgesetzt, daß sie von Dauer ist.

Begreiflicher Weise sind wir in diesem Punkte recht skeptisch. Die Scharfmacher sind noch immer mächtige Leute und wir möchten de „sozialpolitischen Pastoren" nicht rathen, sich alsbald wieder hervorzuwagen. Selbst wenn der Oberkirchenrath es ihnen nächstens wieder erlauben oder gar befehlen sollte, wäre Vorsicht am Platze. Sie wissen doch, wie er je nach dem Kurse seine Erlasse umredigirt hat.

In ihrer Erinnerung an die Februar-Erlasse vergißt die „Nordd. Allg. Ztg." ganz, daß in diesen auch die Arbeiter-Organisation, insbesondere Arbeiter-Ausschüsse empfohlen wurden. Es ist oft hervorgehoben worden, daß die Erlasse in diesem Punkte immer noch nicht ausgeführt seien. Auch heute noch mag die Regierung von Arbeiterausschüssen, Fachvereinen usw. nichts hören. Da läßt sie sich immer noch von den Scharfmachern beeinflussen. Schon das ist ein Zeichen dafür, daß der Geist der Februarvorlage noch keineswegs wieder der herrschende ist. Ueberdies hat Graf Posadowsky ja ausdrücklich betont, daß die Regierung die Unterdrückungspolitik einstweilen nur deshalb nicht weiter verfolge, weil sie keine Mehrheit dafür habe.

Der Kaiser bezeichnete einige Tage nach der Veröffentlichung der Erlasse als das Ziel, „die arbeitenden Klassen mit ihrer Stellung innerhalb der gesellschaftlichen Ordnung zu versöhnen." Dies Ziel ist nach unserer Ueberzeugung nur auf dem in den Erlassen vorgezeichneten Wege zu erreichen. Man wäre wohl auch schon weiter, wenn man auf dem Wege energisch vorgegangen wäre, statt stillzustehen, rückwärts zu gehen oder den Weg zu verlassen.

CPC. Landtags-Verhandlungen.

(Unberechtigter Nachdruck, auch theilweiser, untersagt.)

Abgeordnetenhaus.

16. Sitzung vom 5. Februar.

Eröffnung 11¼ Uhr.

Am Ministertisch: Kommissare.

Tagesordnung: Fortsetzung der zweiten Berathung des Etats.

Beim Etat der Lotterieverwaltung führt

Abg. Dr. Arendt (frk.) aus, daß der Tod des Chefs der Lotterieverwaltung, dessen ausgezeichnete Leitung dieses Zweiges der Verwaltung allgemeine Anerkennung gefunden habe, veranlasse, den Wunsch auszusprechen, daß in den Grundsätzen der Geschäftsleitung der Lotterieverwaltung keine Aenderung eintreten möge. Redner verlangt weiterhin eine Regelung des Lotteriewesens auf dem Wege der Reichsgesetzgebung, und weist dabei darauf hin, daß in den letzten Jahren zwei neue Lotterien die Hessen-Darmstädter und die Lübecker, begründet worden seien, deren Einrichtungen erkennen lassen, daß man darauf rechne, daß in Preußen Theilnehmer an derselben sich finden werden.

Geheimer Finanzrath Lehnert bemerkt, daß die bisherigen Grundsätze in der Lotterieverwaltung beibehalten würden; auch die preußische Regierung habe stets darauf hingestrebt, daß eine Vereinbarung zwischen den verschiedenen Regierungen getroffen werde, um eine Grundlage festzusetzen für die Bemessung des Umfangs der einzelnen Lotterien. Bisher sei man leider noch zu keinem Erfolge gelangt.

Abg. Pleß (Zentr.) weist auf das Unhaltbare des gegenwärtigen Zustandes im Lotteriewesen hin. Eine Regelung der Lotteriefrage sei absolut nothwendig, man möge sie auf dem Wege der Reichsgesetzgebung versuchen oder durch eine Kontingentirung auf dem Wege der Vereinbarung.

Abg. Rickert (frs. Vgg.) meint, daß die Regierung den Versuch, auf dem Wege der Reichsgesetzgebung zu einer Regelung zu kommen, nur aufgeben möge, da im Reichstag hierfür keine Mehrheit zu finden wäre.

Abg. Dr. Arendt (freik.): Der Weg, den der Geheimrath Marcinowsky eingeschlagen habe, durch Einführung von Staatslotterien die Privatlotterien zu bekämpfen und zu beschränken, würde sich auch in Zukunft als praktisch erweisen, um einem gefährlichen Lotteriespiel entgegen zu wirken.

Abg. Frhr v. Heereman (Zentr.) glaubt, daß sich auf dem Wege der Vereinbarung unter den Einzelstaaten wohl eine Brücke zur Regelung der Lotteriefrage finden ließe. Auch im Reichstag würde sich bei der großen Bedeutung dieser Frage für den Mittelstand wohl eine Mehrheit für die reichsgesetzliche Ordnung des Lotteriewesens erzielen lassen. Ein völliges Verbot des Lotteriespiels würde das Aufwuchern von Geheimlotterien und das Spielen in den unzuverlässigeren ausländischen Lotterien zur Folge haben. Schon um dies zu verhindern, müsse man dem Bestehen der staatlichen Lotterien zustimmen. Er glaube, daß durch diese kein Nachtheil für die kleinen Leute erfolgen werde, so lange die Lotterieverwaltung an den bisherigen Prinzipien festhalte. (Beifall.)

Der Etat wird bewilligt.

Beim Etat des Seehandlungsinstituts wendet sich

Abg. Dr. Arendt (frk.) gegen den Vorschlag des Abg. Richter, die Bestände der Seehandlung der Reichsbank zu überweisen.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird der Etat der Seehandlung bewilligt. Ebenso der Etat der Münzverwaltung, die Etats des Bureaus des Staatsministeriums, der Generalordenskommission, des Geheimen Zivilkabinets, der Prüfungskommission für höhere Verwaltungsbeamte, des Disziplinarhofs, des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte und des Gesetzsammlungsamts in Berlin.

Beim Etat des deutschen Reichs- und preußischen Staats-Anzeigers wünscht

Abg. Arendt (freik.), daß das Vertragsverhältniß bezüglich des Drucks des „Staats-Anzeigers" geändert werden möge, und bedauert, daß die Anregungen des Hauses, die Inseratengebühren für kleinere Gewerbetreibenden im „Staats-Anzeiger" herabzusetzen keinen Erfolg gehabt hätten.

Ein Regierungskommissar erwidert, daß der Anregung des Hauses entsprechend Erwägungen stattgefunden hätten. Eine allgemeine Ermäßigung der Inseratengebühren sei als eine berechtigte Forderung anerkannt, man sei sich jedoch noch nicht schlüssig in dieser Frage geworden und halte es für unzweckmäßig, die Inseratengebühren nur für kleine Gewerbetreibende herabzusetzen.

Der Etat wird bewilligt.

Hierauf wird die zweite Berathung des Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung bei den dauernden Ausgaben fortgesetzt.

Abg. Dasbach (Zentr.): Im Verfolg des großen Grubenunglücks vom 5. November 1898 auf der Zeche „Borussia" bei Bochum hat im April 1899 eine Gerichtsverhandlung stattgefunden, welche charakteristische Streiflichter auf die Zustände in den Gruben zu werfen geeignet ist. Im Verlauf dieses Prozesses hat nach einem mir vorliegenden Bericht ein Zeuge ausgesagt: „Die Berieselung an der Unglücksstelle war mangelhaft. Berieselt wurde stets, wenn der Werksmeister kam; an der Unfallstelle lag der Staub fußhoch. Der Vertreter des Nebenklägers stellte an den Zeugen die Frage, wann denn zum letzten Male vor dem Unglück berieselt worden sei, und es erfolgte die Antwort: „Kurz zuvor, wie der Werksmeister kam; der Werksmeister kam alle vierzehn Tage, dann wurde berieselt, sonst nicht." Der Zeuge machte diese Angaben nicht aus eigener Initiative, sondern erst auf Grund der Fragen, die ihm vorgelegt wurden. Ein zweiter Zeuge sagte aus: „Bei den bevorstehenden Revisionen mußten die Bergleute vielfach andere Arbeiten verrichten, und zwar „Reparaturen", d. h. also: sobald die Ankunft des Revisors gemeldet wurde, wurden die Leute aus ihrer gewöhnlichen Arbeit herausgenommen und mußten Reparaturen ausführen, damit die Fehler verdeckt wurden, die der Werksmeister nicht sehen sollte. Ein dritter Zeuge sagte gleichfalls aus, auf seinem Flötz sei die Berieselung sehr mangelhaft gewesen. Auf die Frage des Vorsitzenden: „Sie hatten doch die Verpflichtung, zu berieseln!" antwortete er: „Jawohl; aber wir hatten vierzehn Tage lang kein Wasser!" Ein anderer Zeuge, der seit 1896 auf der „Borussia" thätig gewesen war, sagte gleichfalls aus: Wenn der Bergrath kam, dann wurde berieselt, sonst nahm man es nicht so genau. Und dann fügte er noch hinzu, daß an der Unglücksstelle der Bodenstaub fußhoch gelegen habe. Das alles haben die Zeugen unter ihrem Eide ausgesagt. Da wäre es doch wichtig zu hören, wie die Bergverwaltung sich zu diesen Zeugenaussagen und den durch sie festgestellten Thatsachen stellt. Ein weiterer Prozeß hat die Thatsache aufgedeckt, daß auf der Zeche „Unser Fritz" sehr zahlreiche und grobe Verstöße gegen die berg- und gewerbepolizeilichen Vorschriften über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter vorgekommen sind; es wurde u. A. festgestellt, daß manche dieser jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren täglich 18 Stunden beschäftigt wurden. Sie haben allerdings kleine Unterbrechungen dabei gehabt. (Zurufe bei den Nationall.) Aber vom Anfang bis zur Beendigung der Arbeit vergingen volle 18 Stunden. Auf Grund der eidlichen Zeugenaussagen hat der Staatsanwalt schließlich konstatirt, daß allerdings in ungeheuerlicher Weise Verstöße gegen die Gewerbeordnung vorgekommen seien; man hat sogar, um eine Entdeckung der vorgekommenen Verstöße zu verhindern, an Radirungen auf den Arbeitszetteln gegriffen, und die Beamten sind dafür bestraft worden. Für die Verstöße gegen die Gewerbeordnung sind nun allerdings die Gewerkschaften nicht bestraft worden, weil das Gericht annahm, sie treffe keine Schuld, sondern nur den Betriebsführer, und dieser kam auf Grund der bestehenden Strafvorschriften mit einer Geldstrafe davon. Ich glaube, daß diese Strafbestimmung abgeändert werden muß. Wenn fortgesetzt in so hohem Maße die gewerbe- und bergpolizeilichen Vorschriften übertreten werden, dann gibt es nur ein wirksames Mittel dagegen und das ist, die bewußte und fortgesetzte Uebertretung dieser Vorschriften mit Gefängniß zu bestrafen; das ist das einzige Mittel, um einem solchen dauernden Unfug ein Ende zu machen. Wenn im vorliegenden Falle der Staatsanwalt selbst sagte, daß in skandalöser und ungeheuerlicher Weise Mißbräuche vorgekommen seien, so darf man wohl annehmen, daß es wirklich sehr arg gewesen sein muß. Wir haben im vorigen Jahre darüber verhandelt, ob nicht dem vielfach von Bergleuten geäußerten Wunsche Rechnung getragen werden könne, daß Delegirte der Arbeiter damit beauftragt würden, neben den amtlichen Revierbeamten bei der Revision der Gruben in Bezug auf die Handhabung der Sicherheits- und Wohlfahrtsvorschriften eine Kontrolle auszuüben. Denn man kann wohl annehmen, daß die Leute, die zunächst von einem Unfall betroffen werden würden, den allergrößten Eifer entwickeln würden, um auf zweifelhaften, ob die erlassenen Vorschriften befolgt wurden oder nicht, und ev. auch darauf hinzuwirken, daß die noch fehlenden Einrichtungen eingeführt werden. Nun hat der Minister gesagt, in Westfalen würden solche Delegirtenwahlen den Anlaß zu wüsten Agitationen geben und in den Privatgruben würde es schließlich dahin kommen, daß Arbeiterdelegirte, die in Ausübung ihres Amtes sehr energisch seien, abgelegt würden. Ich glaube nicht, daß die Grubenbesitzer Westfalens sich diesen Vorwurf gefallen lassen werden. (Sehr gut! im Zentr.) Ich denke, die Herren sind viel nobler, sie werden nicht einem Arbeiter, der im Interesse seiner Mitgenossen dafür eintritt, daß die erlassenen Vorschriften beobachtet werden, die Abkehr geben, sondern sie werden ihm dankbar sein, daß er die Arbeiter und das Bergwerk selbst vor Unglück und Gefahr schützt. Andererseits zeigt die Statistik, daß in den Privatgruben die Betriebsgefahr eine besonders große ist; in den Jahren 1897/98 sind im westfälischen Bergrevier von 15 großen Unfällen 14 in Privatgruben passirt. Nun meint der Herr Minister ferner, daß in den fiskalischen Gruben im Saarrevier fiskalische Grubenarbeiter-Ausschüsse beständen und daß sie sich dort vollkommen bewährt hätten. Dann meine ich: Was sich im Saarbrücker Revier bewährt hat, warum soll sich das nicht auch im westfälischen Bezirk bewähren? Und wenn mir etwa eingewendet wird, im Saarrevier gebe es keine Sozialdemokraten, wohl aber in Westfalen, so frage ich zunächst: Ist es denn so absolut sicher, daß an die Spitze der Arbeitsausschüsse in Westfalen

---

39)

Das Urtheil der Welt.

Von A. Sergeant. Autorisirte Uebersetzung von Luise Koch.

„Sie sind doch nicht ernstlich krank?" fragte die Freundin, als sie Doras bleiches Gesicht mit den dunklen Augenringen sah.

„Ich glaube nicht, ich fühle mich nur grenzenlos elend", antwortete die junge Frau kaum hörbar.

Therese setzte sich neben sie. Sie wußte nichts zu sagen. Dora hatte ihr nicht alles enthüllt; das Flüstern, das Frau Mendals Neugierde erregt hatte, war nur die Mittheilung gewesen, daß sie Horst getäuscht habe und er ihr darüber zürne.

„Weshalb fühlen Sie sich denn elend?" fragte Therese nach einer peinlichen Pause.

„Weil — weil Horst mir zürnt; er sagte, er könne mir nie verzeihen."

„Weshalb denn nicht, Liebe?"

„Er meint, ich habe ihn betrogen", antwortete Dora mit unsicherem Blick in den sanften Augen. „Und es muß wohl so sein, weil er es sagt — aber je mehr ich darüber nachdenke, um so weniger weiß ich wodurch. Weil er wußte, daß ich ihm ein Geheimniß verbarg und daß ich über meine Familie das tiefste Schweigen beobachtete, kann er doch nicht behaupten, daß ich ihn täuschte oder betrog?"

„So ist etwas über Ihre Familie ans Licht gekommen?" fragte Therese.

„Ja. Sagte er es Ihnen nicht? Ich glaubte, er würde es thun. Er muß es ja sofort gewußt haben, als ich ohnmächtig wurde, wie ich von meinem armen, armen Richard hörte."

„Richard! Von Ihrem Bruder Richard?"

„Hörten Sie denn nicht die schreckliche Geschichte, die von ihm erzählt wurde? Daß man ihn wegen Diebstahls ins Gefängniß gebracht habe? Als ob Richard je nur einen einzigen Heller nehmen würde, der ihm nicht gehört!"

„Aber, liebste Dora, es wurde doch von dem jungen Vansittart, Richard Vansittart, und nicht von Ihrem Bruder gesprochen."

„Das ist es ja eben", ereiferte Dora sich jetzt. „Richard Vansittart ist mein Bruder. Ich war Dora Vansittart, die Tochter von Julius Vansittart, der so viele Menschen unglücklich machte und dann ins Ausland entfloh. Wir heißen eigentlich Vansittart-Morrison, mein Vater aber führte seit langer Zeit stets nur den ersten Namen und wir kamen nach der unglücklichen Katastrophe überein, uns bei dem zweiten zu nennen. Ach, Therese, ich kann es nicht ertragen, daß Horst mir zürnt, und jetzt weiß ich's, daß ich ihm alles hätte offenbaren müssen."

Therese blickte wie betäubt auf die unglückliche junge Frau nieder.

„Mein armes Kind", sagte Fräulein Sandow, nachdem sie sich etwas gefaßt hatte, „warum haben Sie sich nicht mir anvertraut?"

„Ich dachte, ich dürfte es nicht thun, weil Richard mir das Versprechen abgenommen hatte, es Niemand zu verrathen."

„Das war ein großer Fehler."

„Jetzt weiß ich, daß es ein Fehler war", erwiderte Dora leise. „Aber ich dachte, ich wäre an mein Versprechen gebunden."

„Dann hätten Sie Horst nicht heirathen dürfen."

„Ich wünschte, ich hätte es nicht gethan," schluchzte die Frau. „Aber Sie Alle behaupteten, es wäre so viel besser für mich."

„Dabei dachten Sie nicht an an ihn, Dora!"

„Ich glaubte, er würde es nie erfahren. Wenn Richard jetzt nicht dieses Unglück zugestoßen wäre, hätte ich das Geheimniß auch bis an mein Lebensende bewahrt. Aber als ich hörte, daß er — im Gefängniß wäre, verlor ich alle Fassung.

„Es war das einzig Richtige, endlich zu sprechen," sagte Therese mit einem Anflug von Strenge, den sie nicht zu unterdrücken vermochte.

Dora reichte ihr bittend die Hand. „Seien Sie nicht auch hart gegen mich, Therese", flehte sie. „Ich hatte nicht die Absicht, Horst zu hintergehen. Richard hatte mir wiederholt so eindringliche Vorstellungen gemacht, daß es besser für uns sei, zu schweigen, und daß seine fernere Existenz davon abhinge."

„Das war ebenso thöricht wie unrecht. Ihr Bruder hätte das wissen müssen."

„Er kannte Horst", sagte Dora, „und dachte vielleicht, daß er dies von meinem Vater verübte Unrecht nicht so leicht vergessen würde."

„Gewiß nicht. Aber ebensowenig wird er vergessen, daß Sie ihn täuschten, mein liebes Kind."

„Meinen Sie, er wird mir nie verzeihen?" fragte Dora, mit bangen Blicken zu ihrer Freundin aufsehend. „Ach, gewiß, er wird mir nicht ewig zürnen."

„Ich weiß es nicht", antwortete Therese. „Aber ich weiß, daß er Sie liebt, und die Liebe, denke ich, muß endlich verzeihen."

Therese hatte ziemlich zuversichtlich gesprochen, dennoch fragte sie sich, ob auch bei Horst, dessen strenge Grundsätze sie kannte, die Liebe über seinen Abscheu vor allem, was nicht gerade, offen und ehrlich war, den Sieg davontragen würde.

„Ich wünschte, ich hätte ihn nie geheirathet", schluchzte Dora. „Ich wäre so gern bei Richard geblieben und hätte auch die größte Hausarbeit für uns gemacht. Aber es schien mir so hart, daß Richard auch für meinen Unterhalt arbeiten sollte, deshalb wollte ich lieber für mich selbst sorgen. So kam ich zu Frau Mendal und — das Uebrige wissen Sie."

„Ja, das Uebrige weiß ich", sagte Therese bekümmert. „Nun, geschehen ist es einmal, Sie sind mit Horst verheirathet, Dora, und müssen sich bemühen, ihm eine gute Frau zu sein. Sie dürfen sich nicht davon niederdrücken lassen, daß er im Anfang das ihm angethane Unrecht noch nicht zu überwinden vermag und vielleicht kalt und schroff gegen Sie ist. Warten Sie geduldig, liebes Kind, bemühen Sie sich, alles zu thun, was ihm Freude macht und — mit der Zeit — wird er vielleicht verzeihen lernen und das Glück wieder bei Ihnen Einzug halten."

Nein, Horst konnte mit diesem zarten, kindlichen Geschöpfchen nicht allzu hart ins Gericht gehen, deren weiches Gemüth sich von einem Worte desjenigen leiten ließ, der sie liebte und den sie liebte.

Auf Doras dringendes Bitten blieb Therese bis zum Abend. Obgleich die junge Frau es nicht aussprach, war es ersichtlich, daß sie wünschte, die Freundin möchte noch bei der Rückkehr des Gatten zugegen sein, sie vielleicht vor einem Ausbruch seines Zornes schützen.

Als Horst jedoch kam, begab er sich geradeswegs in sein Arbeitszimmer und schloß sich dort ein.

„Ich muß jetzt gehen, liebe Dora", erklärte Fräulein Sandow bald nach sechs Uhr. „Meine Mutter wird mich erwarten. Sie werden heute nicht zum Diner hinuntergehen, nicht wahr?"

„O, nein, nein!" rief Dora erschauernd. „Ich könnte nicht hinuntergehen."

Sie sah so bleich und angegriffen aus, daß man ihren Worten wohl glauben mußte.

„Wenn Sie wollen, werde ich Horst beim Hinausgehen sagen, daß Sie sich nicht wohl fühlen und in Ihrem Zimmer bleiben wollen, damit er Sie nicht zum Essen erwartet."

„Ich danke Ihnen, liebe, gute Therese", antwortete Dora. „Könnten Sie — würden Sie auch vielleicht — ihn fragen, ob er Näheres — über — Richard erfahren hat?"

Therese hielt diese Frage für überflüssig und indiskret, aber sie vermochte den flehenden Blicken der jungen Frau, die sie in ihr Herz geschlossen hatte, nicht zu widerstehen. Sie begab sich nach Horsts Arbeitszimmer und klopfte an die Thür.

Er öffnete selbst. Therese suchte nach einer Veränderung in seinem Gesichte, aber es erschien ihr wie gewöhnlich — vielleicht ein wenig, aber kaum merklich bleicher und ernster. Er war nicht so zart wie Dora, seine Gefühlsregungen standen nicht sofort für alle Welt leserlich auf seinem Gesicht geschrieben.

„Ah, guten Abend, Therese", rief er fast in dem alten Tone, als er das junge Mädchen auf der Schwelle stehen sah. „Wie geht's Ihnen heute? Wollen Sie hereinkommen?"

Sie betrat den kleinen, vom hellen Kaminfeuer erleuchteten Raum und wunderte sich über dieses Mannes Selbstbeherrschung, denn er sprach leicht und ruhig wie immer.

„Sie waren wohl bei Dora?" fragte er, einen Stuhl für Fräulein Sandow an den Kamin tragend. „Sie scheint heftiges Kopfweh zu haben."

„Ja, sie bat mich, Ihnen mitzutheilen, daß sie sich nicht wohl genug fühle, um zum Diner herunter zu kommen."

„Ach, das thut mir leid. Nun, eine Nachtruhe wird hoffentlich genügen, um sie wieder herzustellen", sagte Horst in leichtem Tone.

Therese wartete einen Moment, dann fuhr sie fort: „Dora hat eine Frage an Sie zu richten. Sie möchte wissen, ob Sie vielleicht Näheres über ihren Bruder erfahren haben?"

„Ueber ihren Bruder? So hat sie Ihnen erzählt —?"

Bei diesen Worten veränderten sich Horsts Gesicht und Stimme doch ein wenig.

„Ja, sie erzählte mir Alles und ich bedaure, daß dies das Geheimniß ist, das sie mit sich herumtrug."

„Auch ich bedaure es", sagte Harkort bitter. „Aber Bedauern ändert an der Sache nichts. Nein, ich habe mich nicht weiter nach ihrem Bruder erkundigt. Vorläufig kann man nichts für ihn thun."

(Fortsetzung folgt.)

zur Sozialdemokraten gewählt werden würden? (Sehr richtig!) Und wenn wirklich ein Sozialdemokrat darin sähe, ist es denn so absolut sicher, daß er nur Thatsachen vorbringen würde? Ich glaube, es gibt auch Sozialdemokraten, die sehr vernünftige Ansichten haben, wenn es sich um die Frage der Sicherheit der Gruben handelt; und in solchen Fällen ist es überhaupt gleichgültig, welcher Partei der Betreffende angehört. Ich möchte daher die Frage an den Herrn Minister richten, ob er heute noch der Ansicht ist, daß es unzweckmäßig sei, den Bergbeamten Arbeiterdelegirte zur Seite zu stellen. Es verlangt ja Niemand, daß die Befugnisse der Revierbeamten eingeschränkt werden sollen — sie sollen bleiben, ihre Zahl, auch ihre Befugnisse sollen vermehrt werden, wenn es verlangt wird, aber ich glaube doch, daß neben ihnen, gewissermaßen als populäre Sachverständige, Arbeiterdelegirte am Platze sein würden. Allerdings kommt es ja vor, daß auch ein Arbeiter die Schuld an dem Unglück trägt, und in diesem Falle wird der Arbeiterdelegirte auch seinen Kollegen denunziren müssen; das muß er thun, denn sonst würde er bei den nächsten Wahlen sicher nicht wiedergewählt werden. Der Bergbau ist eine schwierige und gefährliche Arbeit; der staatliche Bergbau bringt kolossale Ueberschüsse und auch die privaten Bergwerke erzielen sehr hohe Dividenden — wenn sie mal etwas niedriger sind, dann sind die Tantiemen der Direktoren um so höher (Ironisches Sehr richtig! bei den Nationall.) Da müssen auch für die Sicherheit der Arbeiter Opfer gebracht werden, und ich möchte den Herrn Minister bitten, uns zu sagen, wie er sich zu den von mir mitgetheilten Thatsachen stellt. (Beifall.)

Abg. Schulz-Bochum (ntl.) erklärt, die Art, wie der Vorredner die Bergarbeiterfrage behandle, bedeute ein Spiel mit dem Feuer. Die Kontraventionen auf „Unser Fritz" würden weit übertrieben. An 140 Arbeitstagen seien gesetzwidrig von jugendlichen Arbeitern nur 687 Ueberstunden verfahren worden. Die Ueberschichten hätten unter Zustimmung der Arbeiter statt gefunden, weil in Folge von Wagenmangel sich die fortzuschaffende Kohlenmenge angehäuft hatte. Es habe sich nur um Uebertagearbeit gehandelt. Er wolle die Kontraventionen nicht beschönigen, sondern nur erklären. Viel ernster liege der Fall bezüglich der Vorwürfe wegen Ordnungswidrigkeiten in der Betriebsverwaltung. Der Abg. Dasbach habe sich auf Grund völlig unzureichender Informationen darüber ausgelassen. Der Gerichtsvorsitzende sagte in dieser Beziehung, der Wahrheitsbeweis sei völlig mißlungen, die Schuld an den Vorfällen trugen die Bergarbeiter. Nun komme der Abg. Dasbach und schleudere unter dem Schutz der parlamentarischen Redefreiheit die als falsch und unberechtigt erwiesenen Vorwürfe gegen ehrenwerthe Männer. Es fehle ihm an einem parlamentarischen Ausdruck, um ein solches Verfahren zebührend zu kennzeichnen. Man unterschätze leider allgemein die Zuverlässigkeit der Grubenbeamten. Dieselben seien ausnahmslos nicht nur theoretisch, sondern auch durch langjährige Arbeit in der Grube gründlich praktisch ausgebildet. Im Gegensatz dazu, sei das Unterpersonal durchaus nicht geeignet, die Schlagwettergefahren 2c. rechtzeitig zu erkennen; denn hierzu gehöre bereits eine große Kenntniß der Physik und Chemie. Die Aufsichtsbeamten müßten unparteiisch und streng verfahren, das können sie nicht, wenn sie vom Arbeitgeber oder Arbeitnehmer abhängig seien. Die Arbeitsdeputirten würden aber sehr abhängig sein. Man müsse bei dem Verlangen nach Rechten für die Arbeiter nicht die Pflichten derselben vergessen und an diese werde er stets erinnern — unbeachtet um das Mißfallen der Sozialdemokratie.

Minister Brefeld erklärt, es stehe fest, daß bei den Gruben „Borussia" und „Unser Fritz" Gesetzwidrigkeiten vorgekommen seien. Er habe daraufhin eine detaillirte Verordnung erlassen, wie im Einzelnen von den Revierbeamten und künftig seitens der Einfahrer bei den Revisionen verfahren werden solle. Darnach sollten die Revisionen, vorher in der Regel nicht angemeldet werden. Eine Benachrichtigung solle nur erfolgen, wenn eine besondere Leitung für die Besichtigung nothwendig ist, aber auch dann nur ganz kurz vorher. Welche Punkte besichtigt werden sollen, dürfe erst bei der Befahrung mitgetheilt werden. Gegen eine Verschleierung der Thatsachen durch die Revierbeamten werde er unnachsichtig vorgehen. Der Betriebsbeamte der Zeche „Borussia", der für die Kontraventionen verantwortlich war, habe inzwischen auf Veranlassung des Revierbeamten seine Stellung aufgegeben. Die Berieselung der Gruben, auf deren Bedeutung der Abg. Dasbach mit Recht hingewiesen habe, sei durch seine Bemühungen jetzt allgemein, zum Theil unter dem Widerspruch der Grubenbesitzer durchgeführt. Er glaube, daß es an der richtigen Fürsorge seinerseits für die Sicherung des Betriebes nicht gefehlt habe. Wenn nun der Abg. Dasbach aus den erwähnten Kontraventionen den Schluß ziehe, daß die Regierung ihren Standpunkt zur Frage der Arbeiterdelegirten ändern müsse, dann betone er, daß er an seiner Ansicht festhalte, daß erst die Institution der Einfahrer allgemein zur Einführung gelangt und Erfahrungen damit gesammelt sein müßten, ehe man an die Zulassung der Arbeiterdelegirten denken könne. Die Arbeiterdelegirten würden zu einer selbständigen Befahrung der Gruben nie zugelassen werden können. Ueber die Erfahrungen mit den Arbeiterdelegirten in Belgien lägen noch keine abschließenden Urtheile vor, auch dies sei ein Anlaß, und abzuhalten, vorschnell in dieser Frage vorzugehen.

Abg. Lohmann (ntl.) führt aus, daß die Bekämpfung der Unglücksfälle Sache der Technik sei. Da die Fortschritte derselben nur langsam Verbreitung fänden, seien die Maßnahmen gegen die Unglücksfälle fast überall verschieden, und es fehle den meisten Beamten ein richtiger Maßstab für das, was nothwendig und wirksam sei. Um nun einen Erfolg möglichst zu sichern, würe der Erlaß von Polizeiverordnungen wünschenswerth, die die Maßnahmen zur Verhütung der Unglücksfälle festsetzten. Die Aufstellung derselben müsse allerdings mit großer Vorsicht und unter Vermeidung des Schablonisirens erfolgen. Die Einführung von Arbeiterdelegirten sei prinzipiell vielleicht räthlich, jedoch stünden derselben erhebliche praktische Bedenken gegenüber. Die bezüglichen Wünsche der Arbeiter gingen zu weit, da man eine zu große Selbstständigkeit der Delegirten verlange. Dazu komme, daß die gegenwärtige unruhige Zeit nicht zur Einführung einer solchen Institution geeignet sei. Wenn sich erst die wilde Agitation gelegt habe und nicht mehr die Gefahr bestehe, daß die Sozialdemokratie diese Institution für sich zu benutzen suche, werde an die Einführung der Arbeiterdelegirten gedacht werden können.

Abg. Hirsch (fr. Vp.) hält es für falsch, mit der Regelung zu warten bis eine ruhigere Zeit gekommen sei. Richtiger sei es, durch Verminderung der Gefahren die Agitation zu vermindern. Die Institution der Arbeiterdelegirten könne in dieser Beziehung nur günstig wirken. Im Ausland habe die Einrichtung der Arbeiterdelegirten einen großen Erfolg gehabt. Schließlich befürwortet Redner eine Regelung der Ueber- und Prämienschichten und eine Verkürzung der Schichten überhaupt durch Einführung der Achtstundenschicht.

Abg. Barthold (freik.) sucht zahlenmäßig nachzuweisen, daß die Löhne überall im gleichen Verhältniß zu den Kohlenpreisen gestiegen seien. Im Weiteren bekämpft Redner die allgemeine Einführung der Achtstundenschicht. Die Eigenart des Bergbaubetriebes lasse es als vollkommen ausgeschlossen erscheinen, daß die verkürzte Arbeitszeit durch erhöhte Leistungen ausgeglichen werden könne. In der Frage der Einführung von Arbeiterdelegirten schließt sich Redner vollkommen den Ausführungen des Ministers an.

Abg. Schmieding (ntl.) weist die Behauptung zurück, daß bei den Privatgruben mehr Unglücksfälle vorkämen wie bei den Staatsgruben. Weiterhin erklärt er, daß der Widerstand der Bergwerksbesitzer gegen die Arbeiterdelegirten kein prinzipieller sei, sondern sich auf die Art der Organisation und das Maß der Machtbefugnisse der Delegirten beschränke; eine Aufsichtspolizei, die aus Wahlen hervorgehe, sei einfach ein Unding! (Beifall bei den Nationall.) Gewiß sei ein Fortschritt in der Fürsorge für die Arbeiter wünschenswerth; aber man dürfe nicht sprunghaft vorgehen.

Abg. Dasbach (Zentr.): Es ist mir unbegreiflich, wie der Abg. Schulz behaupten konnte, meine Behauptungen beruhten auf mangelhaften Informationen. Auf Zeche „Unser Fritz" sind Ueberstunden jugendlicher Arbeiter bis zu 18 Stunden an einem Tag vorgekommen, wegen deren eine Bestrafung des schuldigen Beamten erfolgt ist. Der Abg. Schulz sagt, die Erörterung dieser Sachen bedeute ein Spiel mit dem Feuer. Ich bin auch dieser Ansicht. Die Vogel-Strauß-politik ist es, die die Leute wild macht und in vollen Haufen in das sozialdemokratische Lager treibt. Mir vorzuwerfen, ich hätte als unwahr erwiesene Behauptungen hier wieder vorgetragen, und zu sagen, dies sei ein Verfahren, für das es keine parlamentarischen Ausdrücke gebe — das ist eine unerhörte — Verwechslung der Thatsachen. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Ich habe mit keinem Worte Behauptungen anderer wiederholt, sondern nur gerichtliche Feststellungen vorgetragen. Gegen die Einrichtung der Institution der Arbeiterdelegirten ist angeführt worden, die Aufsichtsbeamten müßten Kenntniß in der Physik und Chemie haben, die den Arbeitern durchweg fehlten. Er meine, um festzustellen, ob die Berieselungsanlagen funktioniren oder nicht, dazu gehrauche man keine physikalischen Kenntnisse, sondern nur zwei gesunde Augen oder auch nur eins. (Zuruf: keins! Heiterkeit.) Ja, auch ein Blinder könnte das fühlen — darum aber zu behaupten, ich hätte die Anstellung von Blinden als Arbeiterdelegirte befürwortet, das wäre wieder eine unerhörte Verwechslung der Thatsachen. (Heiterkeit.)

Abg. v. Bockelberg (kons.) wendet sich gegen die Einführung der Arbeiterdelegirten, da eine solche Institution mit der strafen Disziplin, wie sie im Bergbau nöthig sei, sich nicht verbinden lasse.

Minister Brefeld erklärt, daß man mit der Untersuchung beschäftigt sei, den kausalen Zusammenhang zwischen den Unglücksfällen und den Ueberschichten festzustellen. Die Zahl der Ueberschichten sei nach den angestellten Ermittelungen nicht so besonders groß.

Nachdem noch Abg. Dr. Hänisch (kons.) sich gegen Arbeiterdelegirte ausgesprochen, schließt die Diskussion.

Hierauf werden die Kapitel 15—18 ohne Debatte erledigt.

Dienstag, 11 Uhr: Fortsetzung und Etat des Handelsministeriums.

Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

: **Berlin,** 5. Febr. Das Staats-Ministerium trat heute Nachmittag unter dem Vorsitz des Fürsten zu Hohenlohe im Abgeordnetenhause zu einer Sitzung zusammen. An derselben nahmen auch die Staatssekretäre Graf Bülow, Tirpitz und Graf v. Posadowsky theil. — Der Kaiser nahm heute, nachdem er um 9½ Uhr Vormittags kurze Zeit bei dem Staatssekretär Grafen von Bülow verweilt hatte, von 10 Uhr ab die Vorträge des Chefs des Zivilkabinets Dr. v. Lucanus, des Staatssekretärs Tirpitz und des Chefs des Marine-Kabinets Freiherrn von Senden-Bibran entgegen. — Der „Reichs. Anz." veröffentlicht eine Bekanntmachung des Reichskommissars für die Pariser Weltausstellung über die Versicherung der in der deutschen Abtheilung der Ausstellung ausgestellten Gegenstände gegen Feuersgefahr. — Mit dem Postdampfer „Preußen" ist Prinz Heinrich von Preußen heute in Neapel eingetroffen und von dem Hofmarschall Baron Seckendorf empfangen worden.

* **Die Kanalvorlage** soll nach der Meldung eines parlamentarischen Berichterstatters Ende dieses Monats, spätestens Anfangs März dem Abgeordnetenhause zugehen. Die Verzögerung ist vornehmlich durch Herrn v. Miquels Krankheit herbeigeführt, wegen deren wiederholt Konferenzen der „Kanalminister" — v. Miquel, v. Thielen, Brefeld, Frhr. v. Hammerstein — unterbleiben bezw. aufgeschoben werden mußten. Derselbe Berichterstatter will von einer Aeußerung des Herrn v. Miquel gehört haben, wonach dieser nach Erledigung der Kanalvorlage beabsichtige, sich in das Privatleben zurückzuziehen und in Frankfurt a. M. Wohnung zu nehmen, wo der Minister vor einiger Zeit ein Gartengrundstück erworben und das Haus nach seinen Wünschen hat umbauen lassen. Aehnliche Gerüchte wurden in letzter Zeit wiederholt verbreitet, aber von den „Berl. Pol. Nachr." noch kürzlich entschieden dementirt.

* **Ueber das Befinden des Abg. Dr. Lieber** lauten die Nachrichten heute nicht günstig. Statt daß die Besserung fortschreite, haben sich neuerdings noch Fiebererscheinungen bei dem Kranken eingestellt. Wenn man auch das Beste hofft, so sieht man doch auch der weiteren Entwickelung nicht ohne Besorgniß entgegen. An eine baldige Wiederherstellung ist jedenfalls nicht zu denken.

* **Das Organ des Bundes der Landwirthe,** die „Deutsche Tagesztg.", die sich von Zeit zu Zeit grießgrämig und auch wieder freundlich zur Flotte geberdet, ist heute wieder ganz flottenfreundlich. Von der Nothwendigkeit einer Vergrößerung der Flotte ist sie überzeugt. Wie groß sie sein müsse, daß sei eine Vertrauensfrage. Ueber das Nothwendige und Nützliche dürfe man aber nicht hinausgehen. Die Möglichkeit einer Flottenvermehrung werde nur durch eine „vernünftige Wirthschaftspolitik" gesichert. Dem Mittelstand dürften keine neuen Steuern aufgebürdet werden; würden solche nothwendig, so müßten diejenigen Kreise belastet werden, die es tragen könnten und die wirthschaftliche Vortheile von der Flottenvergrößerung hätten. Mit dem letzteren sind wir ganz einverstanden.

* **Die Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses** hat sich nunmehr endgültig konstituirt. Nachdem in der ersten Sitzung der Fraktion Herr Dr. Freiherr von Heereman als Ehrenvorsitzender, Herr Landesrath a. D. Fritzen als Vorsitzender und Herr Justizrath Dr. Porsch als Stellvertreter gewählt waren, wurde in der jüngsten Sitzung gewählt Herr Gutsbesitzer Herold als zweiter Stellvertreter des Vorsitzenden, im übrigen aber der frühere Vorstand definitiv wiedergewählt, so daß derselbe nunmehr aus nachfolgenden Herren besteht: Dr. Bachem, Graf von Ballestrem, Brandenburg, Danzenberg, Dr. Dittrich, Fritzen (Borken), v. Grand-Ry, Dr. Freiherr v Heereman, Herold, Frhr. v. Huene, Letocha, Dr. Lieber, Dr. Porsch, Dr. Rintelen und von Strombeck.

* **Weimar,** 3. Febr. Der Großherzog empfing von dem Kaiser auf die Meldung, daß ein Flotten-Verein unter dem Protektorat des Erbgroßherzogs für das Land begründet worden ist, folgendes Telegramm:

„Es ist für mich eine große Freude, am Abend des heutigen Tages durch Dich zu erfahren, wie auch bei Deinen Landeskindern das Verständniß für die heutigen großen Aufgaben des deutschen Volkes sich kundthat durch die Gründung eines Flotten-Vereins, und daß es Dein Enkel, der Erbgroßherzog, ist, der sich an die Spitze dieses großen Unternehmens gestellt hat. Von ganzem Herzen danke ich Dir für diese Mittheilung. Wilhelm."

Oesterreich.

* **Wien,** 5. Febr. In den Räumen des Reichsraths-Präsidiums fand heute um 2 Uhr Nachmittags die erste Sitzung der von der Regierung zur Schlichtung der nationalen Differenzen in Böhmen und Mähren einberufenen Konferenz statt. Von Seiten der Regierung waren anwesend: Ministerpräsident von Körber, Finanzminister von Böhm, Justizminister von Spens, der Minister für Kultus und Unterricht von Hartel, Minister Dr. Rezek, Handelsminister von Call und Ackerbauminister Freiherr Giovanelli. Ministerpräsident von Körber begrüßte die Versammlung und dankte den Mitgliedern dafür, daß sie der Einladung der Regierung gefolgt „Ich betrachte, fuhr er sodann fort, schon Ihr Erscheinen als einen Erfolg, nicht der Regierung, sondern der hochwichtigen Sache, die uns hier versammelt, denn wir wollen Frieden stiften in diesem alten ehrwürdigen Reiche, das schon allzu lange durch den unseligen nationalen Kampf zerklüftet und in seinem wirthschaftlichen Gedeihen schwer geschädigt wird. Wenn Sie um sich blicken, meine Herren, so finden Sie, daß diejenigen Staaten am mächtigsten gebieten, deren Bürger in einträchtigem Bemühen der Größe und dem Ruhme ihres Landes zustreben, und sehen in diesen Reichen alle Hände bei der Arbeit, die geistigen und materiellen Reichthum schafft. Bei uns ist es leider nicht so. Der unausgesetzte nationale Kampf hat alle Zuversicht, alles Selbstvertrauen, alle freudige Schaffenskraft zurückgedrängt. Hören Sie aber die Stimme unseres tüchtigen, so reich begabten Volkes, so vernehmen Sie aus allen Lagern den sehnsüchtigen Wunsch nach Ruhe und Frieden. Allgemein ist die Ueberzeugung, daß es kein größeres Glück für unser Reich gäbe, als wenn an die Stelle des fortwährenden, jede Sammlung und Konsolidirung hindernden Streites, eine Politik der Eintracht und der wirthschaftlichen Kraftentfaltung träte. Führen wir die nationale Frage mit männlicher Ruhe auf ihren sachlichen Kern zurück; die Schwierigkeiten sind nicht so groß, daß sie nicht überwunden werden könnten. Trotz aller Kämpfe des letzten Jahres hat sich in einigen Punkten eine Annäherung der Anschauungen vollzogen. Wenn Sie, meine Herren, in Ihren Berathungen die Differenzpunkte wohlwollend und in allseitig versöhnlicher Stimmung zu mildern und auszugleichen trachten, dann werden Sie wenigstens eine Zeit der Erholung gewinnen, die gestattet, alle Umsicht und Energie den dringenden wirthschaftlichen Fragen zuzuwenden, und haben wir hier erst den Erfolg, so ist mir nicht bange, daß der Wohlstand des Reiches bereits das stärkste Argument für den dauernden inneren Frieden sein wird. Der Regierung schwebt als Ziel vor, die Machtfülle des Staates in den Dienst der Kultur und der Volkswirthschaft zu stellen, an Ihnen ist es, meine Herren, die Voraussetzungen für eine solche Politik zu schaffen. Ich darf sagen, meine Herren, das Reich blickt auf Sie, geben Sie ihm sein Glück und seine Ruhe wieder."

Belgien.

* **Brüssel,** 5. Febr. Der König unterzeichnete heute die Ernennung des Senators Surmont zum Arbeitsminister. Der Minister Liebaert bleibt nur Verkehrsminister.

Frankreich.

* **Paris,** 5. Febr. Senator Fallières wurde mit 175 von 221 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten des Senates gewählt.

Großbritannien.

* **London,** 5. Febr. Unterhaus. William Redmond fragt an, ob Balfour irgend welche Schriftstücke vorzulegen oder Mittheilungen zu machen habe betreffend die Unterhandlungen über eine Tripelallianz zwischen England, Amerika und Deutschland, von der Chamberlain zu Leicester im November vorigen Jahres gesprochen. Balfour erwidert, daß eine derartige Mittheilung niemals von Chamberlain gemacht worden sei.

Der Krieg zwischen England und Transvaal.

Ueber die neuesten Vorgänge auf dem Kriegsschauplatz liegen so widersprechsvolle Nachrichten vor, daß es unmöglich ist, sich ein Bild der wirklichen Lage zu machen. Man kann nur Muthmaßungen darüber anstellen, ob Buller wirklich den Tugela abermals überschritten hat und ob er, wenn dies der Fall ist, wirklich einen dritten Entsatzversuch oder nur eine größere Demonstration machen will, um die Aufmerksamkeit der Buren von anderen Punkten abzulenken. — Eine Meldung des „Daily Telegraph" besagt: Die Truppen Bullers sind begeistert von der Aussicht auf schleunigen Vorstoß, aber die Befehle dazu lassen noch auf sich warten. Möglich, daß die Rekognoszirung bei den westlichen Tugelafurten seitens Dundonalds Reiterbrigade irrigerweise für einen Vorstoß der ganzen Armee gehalten wurde. Dagegen meldet ein Ladysmither Heliogramm des „Daily Chronicle" vom 4. Februar Nachmittags: „Eine heftige Kanonade in der Richtung auf Colenso wurde gestern den ganzen Tag gehört. Gerüchtweise verlautet, eine Brigade habe den Tugela überschritten. Vom Beobachtungshügel wird gemeldet, daß die Buren sich rund um Ladysmith wie zu einem neuen Angriff sammeln."

* **London,** 5. Febr. Das „Reutersche Bureau" erfährt, daß im Kriegsamte absolut keine Bestätigung des Gerüchts eingetroffen sei, nach welchem General Buller den Tugela wieder überschritten habe und auf Ladysmith marschire. Es deute im Gegentheil alles darauf hin, daß die Lage an der Front ruhig und keine sofortige Bewegung zu erwarten sei. Bezüglich der Meldung, daß die Geschütze des Generals Buller in Ladysmith hörbar gewesen seien, wird angenommen, daß es sich um Schießübungen mit soeben an der Front eingetroffenen neuen Batterien handele.

* **Kapstadt,** 5. Febr. Die Präsidenten Krüger und Steijn sandten am 3. d. M. an Feldmarschall Lord Roberts eine Mittheilung, worin sie gegen die Zerstörung von Häusern und die Verwüstung von Grundeigenthum Einspruch erhoben. Roberts erklärte heute in seiner Erwiderung, daß die Beschuldigungen unbestimmt und unbegründet seien; eine muthwillige Zerstörung entspräche nicht dem Brauche der Engländer.

Zum Bergarbeiter-Ausstand.

* **Aussig,** 5 Febr. Die für gestern angekündigte Frauenversammlung ist verboten worden. Eine von dem deutschvolklichen Arbeiterbunde veranstaltete Versammlung beschloß einstimmig eine Resolution gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Schrammel, weil derselbe Uneinigkeit in die Bergarbeiterschaft trage. Die Versammlung wurde schließlich aufgelöst.

* **Prag,** 5. Febr. Nach Berichten aus Dux, Schlan, Teplitz-Schönau und Kladno ist die Lage in den Ausstandsgebieten unverändert. In Pilsen ist die Lage theilweise gebessert. In Rürschau beschlossen die Arbeiter, auf die im Einigungsamt mitgetheilten Bedingungen der Werksbesitzer nicht einzugehen, sondern im Ausstand zu beharren.

* **Troppau,** 5 Febr. Der Ausstand im Ostrau-Karwiner Steinkohlenrevier dauert fort. Das Einigungsamt wird wieder in Teschen zusammentreten. Das Ausstandskomitee wählte ein aus vier Mitgliedern bestehendes Unterkomitee, welches nach einem eventuellen fruchtlosen Verlaufe der Berathungen des Einigungsamtes unter der Führung von Abgeordneten nach Wien entsendet werden dürfte. Die Oberberger Röhrenwalzwerke haben den Betrieb wegen Kohlenmangels theilweise eingestellt. Die Ruhe ist bisher nicht gestört worden.

Kirchliches.

* **Rom,** 2. Febr. Das Sterbebett des Kardinalvikars Domenico Maria Jakobini umstanden seine beiden Schwestern, der Hülfspfarrer von S. Bernardo, P. Testi und zwei Krankenpflegerinnen. Heute ist der Leichnam mit den Purpurgewändern bekleidet auf dem Paradebett ausgestellt. Am Sonntag Nachmittag soll die Ueberführung der Leiche von Via Gandotti zur Apostelkirche stattfinden, woselbst am darauffolgenden Tage die feierlichen Exequien abgehalten werden. Gaetano Jakobini ist, laut „Köln. Volksztg.", der 132. Kardinal, der während des Pontifikats Leos XIII. das Zeitliche segnete.

Zur Handwerkerfrage.

△ **Krefeld,** 6. Febr. Die Tischlermeister-Innung hielt gestern Abend im Saale des Herrn Genings eine General-Versammlung ab, zu welcher alle stimmberechtigten Gesellen (Gehülfen) nach § 42 des Statuts eingeladen waren. Auf der Tagesordnung stand die Ergänzungswahl des Gesellen-Ausschusses. Die Versammlung wurde geleitet von dem Obermeister Herrn Frenken. Das bisherige Mitglied des Gesellen-Ausschusses, Herr C. Wiedenhues, mußte, weil er nicht mehr bei einem Innungsmeister in Arbeit steht, ausscheiden. An seine Stelle, wurde der Drechsler Herr Clement mit 22 gegen 5 Stimmen gewählt. Nach gethätigter Wahl verlas Herr Frenken eine der Tischlermeister-Innung zugegangene Bekanntmachung der Behörde, betreffs Wahl zur Handwerkerkammer, welche am 14. Februar für den Wahlkreis Krefeld, Stadt und Land, Nachmittags 3 Uhr im Rathhause stattfindet.

Lokales.

** **Krefeld,** 6. Febr. Der Winter bringt heute sein neuem sein Regiment zur Geltung, gleichsam, als wolle er davor warnen, sich durch einige wenige bessere Tage, während welcher die Sonne wieder einmal den Menschen erfreute und in ihm ein leises Frühlingsahnen weckte, täuschen zu lassen. Noch herrscht der Winter, das beweist das Schneegestöber, das seit heute früh andauert und alles mit einer dichten weißen Schneedecke verhüllte. Hoffentlich aber waltet der Winter nicht mehr mit seiner ganzen Strenge und verschwindet bald vor der strahlenden Sonne.

** **Krefeld,** 6. Febr. Morgen Mittwoch und dann noch am 21. und 28. d. M., ferner am 7. und 14. März wird Herr Direktor Dr. Deneken im Lesezimmer des Museums einen Zyklus von 6 Vorträge über ausgewählte Abschnitte aus der Geschichte der deutschen Plastik halten. Zu den Vorträgen, die um 6 Uhr Abends beginnen, werden Eintrittskarten vorher unentgeltlich im Lesezimmer ausgegeben. Wir begrüßen diese Ankündigung unseres allzeit eifrigen und rührigen Museumsdirektors mit aufrichtiger Genugthuung. Es kann nichts so sehr zur Verbreitung des Kunstverständnisses sowohl als auch der Liebe zur Kunst in den weiten Volkskreisen beitragen, als ein populärer Unterricht über die wichtigsten Gegenstände der Kunstgeschichte. Die Thatsache, daß dieser Unterricht Jedermann, der sich bilden will, unentgeltlich geboten wird, ist doppelt erfreulich.

** **Krefeld,** 6. Jan. Ein Großfeuer, das durch seinen gewaltigen Schein weithin sichtbar war, brach gestern Abend gegen 11 Uhr in dem Lager (Hinterhaus) des Bazars Macht & Jacobs aus. Die rasch herbeigeeilte Feuerwache und die freiwillige Feuerwehr griffen das Feuer mit 3 Schlauchlinien an und es gelang ihnen denn auch, unter dem Kommando des Herrn Beigeordneten Dr. Bertram und Herrn Branddirektor Polizeiinspektor Scheuer nach 2 Stunden angestrengtester Arbeit des Feuers Herr zu werden. Verbrannt sind der ganze Dachstuhl des Hinterhauses und die dort lagernden Waaren, zum größten Theile Holzwaaren. Diejenigen Theile des Hinterhauses, welche nicht durch Feuer zerstört wurden, sind durch Wasser stark beschädigt. Eine große Menschenmenge sammelte sich sofort bei der Brandstätte. Ueber die Entstehung des Brandes ist nichts bekannt.

Stadttheater.

£ **Krefeld,** 6. Febr. Sudermanns Schmetterlingsschlacht, dieses trotz mancher technisch-raffinirten Klügelei und Tüftele doch immer hochinteressante Werk, dieses grandiose soziale Bild mit seiner wuchtigen Charakteristik und seinen verblüffend echten Typen, ging gestern Abend, neu ausstaffirt und inszenirt, über die Bretter. Wir müssen es der Regie des Herrn Wladimir Jürgens nachrühmen, daß sie mit Verständniß und Einsicht bemüht war, den Erfordernissen moderner Auffassung gerecht zu werden. Indessen wäre es angebracht gewesen, Herrn Reissig darauf aufmerksam zu machen, daß er durch seine Zeichnung des Winkelmann das Gesammtbild vergröberte. Herr Reissig, von dessen vortrefflichen Charakterisirungstalent wir mehrfache Proben rühmend erwähnen konnten, griff gestern entschieden fehl, indem er den habsüchtigen, kalten, dabei doch nicht jeglichen Herzensregungen erlobenen, äußerlich und innerlich zerrütteten Geschäftsmann durch Uebertreibungen zur Karrikatur machte. Immerhin hatte der Künstler, wenigstens im letzten Akte, einige bedeutsame und daher der Anerkennung würdige Momente. Diesem Winkelmann gegenüber war der Kessler des Herrn Jürgens eine aus dem Vollem geschöpfte Prachtfigur. Die Palme des Abends erkennen wir Frau Direktor Otto zu, die die Frau Hergentheim in der Auffassung vornehm und zugleich in der Individualisirung tief und wahr gestaltete und dadurch ein erschütternder Charakterbild schuf — erschütternd wenigstens für den, der mit sozialem und psychologischem Verständniß begabt ist. Die Elsa des Frl. Enrici hätte einen etwas zugendlicheren Eindruck machen dürfen, war aber im übrigen angemessen. Ganz besonders gelungen war die Rosi des Frl. Heydecker. Die Künstlerin zeigte in der Rolle, daß sie auch schwierigeren Aufgaben gewachsen ist, als sie die stereotypen Tändelbachfische sonst bieten. Es lag viel Duft über dieser Leistung. Gefreut haben wir uns auch über Frau Mila Weiß-Voigt, die als Laura nicht nur eine bildhübsche Erscheinung war, sondern auch eine treffende Illustrirzeichnung darbot. Herr Colmar spielte den Vogel recht belustigend, Herr Klug als Oberlehrer konnte genügen. Herr Trede dagegen als Max blieb bei allem gutem Willen hinter den Anforderungen zurück. Es gebrach ihm an der nöthigen Gesanndtheit. Ja es gab Momente, in denen der Künstler dastand, ohne überhaupt zu spielen. Es wird noch viel Fleiß und Studium nöthig sein, bis Herr Trede sich an solche Aufgaben, wie der Max, ernstlich wird heranwagen dürfen.

Meinungsaustausch über öffentliche Angelegenheiten.

Neue Verkehrswege. Die Rheinische Bahngesellschaft hat von der Haltestelle Fischeln nach Biersen eine Bahn projektirt, deren Bau demnächst in Angriff genommen werden soll. Ob dies Krefeld zum Vortheil gereicht, möchte ich sehr bezweifeln, wird doch dadurch eine Reihe von Ortschaften, die bisher auf Krefeld angewiesen waren, in nähere Verbindung mit Düsseldorf gebracht. Warum sind nicht von hier aus zeitig Schritte gethan worden, um die betreffende Gegend in direkte Verbindung mit Krefeld zu bringen? Ich kann mich der Befürchtung nicht entschlagen, daß auch die Frage der Anlage einer Eisenbahn, welche Krefeld über St. Tönis mit den Ortschaften des Kreises Kempen in Verbindung setzen soll, schließlich zu einer für Krefeld recht günstigen Lösung gelange. Und wie steht es mit der Bahn nach Traar und Rheinberg? Wenn ich nicht irre, soll schon Ende des laufenden Jahres die elektrische Bahn über die Hohenzollernstraße dem Betrieb übergeben werden; es liegt nahe, daß dieselbe von der Endstelle „Stadtwald" aus eine Weiterführung in den Kreis Mörs erhalte. Eine Verbindung mit dieser, bisher dem Bahnverkehr entrückten Gegend, würde Krefeld wie auch den betreffenden Orten von großem Vortheile sein. Ich will der Sache hier nicht näher treten, hoffe aber im Interesse der Vaterstadt, daß sich unsere Stadtverordneten baldigst mit der Angelegenheit befassen und sie gleich der Hafenfrage zu befriedigender Lösung bringen werden.

Aus **Uerdingen** wird uns geschrieben: Das Fest Maria Lichtmeß gestaltete sich auch in diesem Jahre zu einer erhebenden kirchlichen Feier. Leider wurde dieselbe aber außerhalb der Kirche in unserem katholischen Uerdingen durch knechtliche Arbeit gestört und entheiligt, wie wohl in keinem Jahre zuvor. Schon in früher Morgenstunde vernahm man die schrillen Töne der Fabrikpfeifen und auf den Straßen rasselten die Fuhrwerke daher, als ob ein gewöhnlicher Werktag sei. Von einem protestantischen Fabrikherrn, der sonst seinen katholischen Arbeitern auf ihr Ersuchen immer frei gegeben, war diesmal die Parole ausgegeben worden, daß alle arbeiten müßten. Aber leider auch in den Fabriken, deren Besitzer Katholiken (!) sind, wurde mit vollem Betriebe gearbeitet, und auch sonst eine einzige Fabrik hat die Arbeit ruhen lassen oder auf das Nothwendigste beschränkt. Ein schlechtes Beispiel gab auch unsere Polizei; sah man doch die Polizeibeamten den ganzen Tag über geschäftig hin und herrennen, als gelte es lang Versäumtes nachzuholen. Vor Jahren schon wurde in einer Korrespondenz von hier auf die überhandnehmende Entheiligung der Sonn- und Feiertage, besonders derjenigen Feiertage die staatlich nicht anerkannt sind, hingewiesen und ernste Klagen darüber geführt; seitdem ist es aber noch schlimmer geworden. Die katholischen Arbeiter sollten durch ein geschlossenes Vorgehen sich die Heiligthaltung der Sonn- und Feiertage erzwingen, sie dürften überzeugt, sein, daß sie die Sympathien aller rechtlich Denkenden auf ihrer Seite haben. Es könnten ihnen da die Zechenarbeiter einer westfälischen Stadt zum Beispiel dienen. Die dortigen Grubenverwaltungen haben schon verschiedentlich versucht, an kathol. Feiertagen arbeiten zu lassen, aber an dem einheitlichen Vorgehen der Arbeiter scheiterte stets ihr Wille. Hierorts liegt es ja in soweit schwieriger, als es gilt, Verlorenes zurückzuerobern; aber mit Muth und Ausdauer und mit Gottes Hülfe wird auch dies zu erreichen sein.